

Niederschrift

über die 1. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 29.01.2026
(12. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Erlass neuer Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern der Offenen Ganztagschule (OGS) im Primarbereich und für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege ab dem 01.08.2026 Vorlage: FB3/0283/2025	5
3 Erkenntnisse der Bestandsbeurteilung der Machbarkeitsstudie, sowie erste Kostenschätzungen "Sanierung weiterführende Schulen" - siehe TOP 6.1	6
4 Besichtigung der weiterführenden Schulen durch den Schulausschuss - siehe TOP 6.1	7
5 Haushalt 2026	8
6 Anträge	11
6.1 Antrag der SPD-Fraktion - Aufnahme in die Tagesordnung - Machbarkeitsstudie weiterführende Schulen Vorlage: FB3/0620/2025	11
6.2 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Schulverpflegungsworkshop mit Sebastian Lege	12
7 Anfragen	12
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusscontrolling	12
8.1 Workshop Sportstättenentwicklungsplanung	12
8.2 Evaluation der Schülerzahlprognose	12
9 Termin der nächsten Sitzung: 29. April 2026, Ausschuss für die Zukunft der Schulen voraussichtlich am 25. März 2026	13
10 Verschiedenes	13
10.1 Ausbauplanung der Städt. Pastor-Jacobs-Schule	13

10.2	Gruppen im Offenen Ganzttag im Schuljahr 2026/27	13
10.3	Interimsbau an der Städt. Adam-Riese-Schule.....	13
10.4	Lehrerparkplatz am Städt. Mataré-Gymnasium	13

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Jonas Kräling Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Utkan Armutlu Ratsmitglied

Herr Christian Bößen Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Andreas Harms Ratsmitglied

Herr Max Pricken Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Stephan Söhngen Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Stefan Mosch

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dario Dammer Ratsmitglied

Frau Elisabeth Schloten Sachkundige Bürgerin

Herr Christoph Weigele Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Christa Kohn Ratsmitglied

Frau Antje Schwarzburger Sachkundige Bürgerin

von der FDP-Fraktion

Herr Niklas Geppert Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Karl Trautmann

von der AfD-Fraktion

Herr Christian Berlin Ratsmitglied

von der LiGaPa-Fraktion

Herr Guido Fliege Sachkundiger Bürger

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Christian Flügge Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Hartwig Spetsmann

Beratende Mitglieder

Herr Peter Dietz Stadtsportverband

Herr Christian Dölls Vertreter der Schulen

Herr Rainer Höttecke Katholische Kirchengemeinden

Frau Corinna Multhauf Stadtschulpflegschaft Meerbusch

Frau Anne Weddeling-Wolff Vertreterin der Schulen

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker Dezernent

Frau Daniela Barkmann SIm - Leiterin technische Abteilung

Herr Harald Härtel	Bereichsleiter Service Immobilien
Herr Tim Jansen	Fachbereichsleiter FB 3
Herr Christian Volmerich	Stadtkämmerer

Schriftführer

Herr Holger Wegmann	Fachbereich 3
---------------------	---------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Stefan Mosch	Ratsmitglied
-------------------	--------------

von der FDP-Fraktion

Herr Karl Trautmann	Ratsmitglied
---------------------	--------------

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Hartwig Spetsmann	Ratsmitglied
------------------------	--------------

von der Verwaltung

Herr Björn Brandenstein	Fachbereich 3
-------------------------	---------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende Ratsherr Kräling die ordnungs- und fristgerechte Einladung fest. Im Anschluss daran verpflichtet er nachfolgende Mitglieder des Ausschusses:

Dietz, Peter
Döls, Christian
Fliege, Guido
Flügge, Christian
Geppert, Niklas
Höttecke, Rainer
Multhauf, Corinna
Schloten, Elisabeth
Schwarzburger, Antje
Söhngen, Stephan
Weddeling-Wolff, Anne

Mit Einverständnis des Ausschusses wird der TOP 3 nach vorne gezogen, damit das beteiligte Planungsbüro nicht auf ihre Teilnahme warten muss.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Wortmeldungen.

2 Erlass neuer Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern der Offenen Ganztagschule (OGS) im Primarbereich und für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege ab dem 01.08.2026 Vorlage: FB3/0283/2025

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch die Neufassung einer Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich ab dem 01.08.2026 (Anlage 1) einschließlich einer Anpassung in der Elternbeitragstabelle als Anlage zur Satzung zu beschließen.

2. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, die Neufassung einer Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege ab dem 01.08.2026 (Anlage 5) einschließlich einer Anpassung in der Elternbeitragstabelle als Anlage zur Satzung zu beschließen.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU (8)	8		
Bündnis 90 / Die Grünen (3)	3		
FDP (1)	1		
SPD (2)		2	
UWG/Freie Wähler (1)	1		
LiGaPa (1)	1		
AfD (1)	1		
Gesamt (17)	15	2	

Die Abstimmung erfolgt ohne Diskussion. Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

3 Erkenntnisse der Bestandsbeurteilung der Machbarkeitsstudie, sowie erste Kostenschätzungen "Sanierung weiterführende Schulen" - siehe TOP 6.1

Der Vorsitzende Ratsherr Kräling kündigt für den 25. März 2026 einen zusätzlichen Ausschuss für die Zukunft der Schulen an.

Dipl.-Ing. Härtel berichtet vorab, dass die Verwaltung einen positiven Vorbescheid zur Bauvoranfrage für das Projekt St.-Mauritius-Schule erhalten habe. Dies sei eine sehr erfreuliche Nachricht, da sich bekanntermaßen die Schule in der Lärmschutzzone des Flughafen Düsseldorf befinde. Auch nach Auffassung der Bezirksregierung sei für das Vorhaben keine Ausnahmegenehmigung erforderlich, da keine Kapazitätserhöhung der Schülerzahl geplant sei. Dezernent Annacker ergänzt, dass sich nach dem Umzug der Städt. Brüder-Grimm-Schule weiterhin 3 Züge am Standort verbleiben werden. Er erklärt, dass alle nachfolgenden Folien und Präsentationen am morgigen Tag in Session hochgeladen werden.

Es stellt sich das Planungsbüro GUS, welches durch Frau Brombach und Herrn Blaneck vertreten wird, vor und erläutert die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie der weiterführenden Schulen anhand einer Präsentation. Im Anschluss daran werden Fragen aus dem Ausschuss beantwortet.

Ratsherr Dammer möchte wissen, ob die Altlasten beim Städt. Mataré-Gymnasium näher konkretisiert werden können. Zudem fragt er nach einer Kompensation der Pausenflächen am Städt. Meerbusch-Gymnasium und dem dortigen Verlust an Baumbestand. Dipl.-Ing. Härtel erklärt, dass die vorliegende Machbarkeitsstudie zunächst eine sehr grobe Planung sei, die Schritt für Schritt verfeinert werde. Zum jetzigen Zeitpunkt könne er aber hierzu keine konkreten Aussagen treffen. Bei der weitergehenden Planung werden die Themen Altablagerungen im Boden und Schadstoffe in der Baukonstruktion natürlich berücksichtigt, ebenso wie der auf dem jeweiligen Grundstück befindliche Baumbestand.

Dezernent Annacker erklärt, dass man bestrebt sei, alle sich ergebenden Informationen zeitnah an die Politik zu geben. Die Frage von Ratsfrau Kohn, ob es denn maßnahmenbedingte Lücken im Haushalt gebe, beantwortet er damit, dass zunächst politische Beschlüsse notwendig seien, um diese haushalterisch zu erfassen. Dipl.-Ing. Härtel ergänzt, dass es zudem regelmäßig stattfindende Unterhaltungsaufwände im Haushalt gebe, wie zum Beispiel die vor kurzem durchgeführte Dachsanierung am Städt. Meerbusch-Gymnasium.

Ratsfrau Kohn fragt nach dem weitergehenden Vorgehen bei der Städt. Maria-Montessori-Gesamtschule. Hier habe man ja bereits konkrete Planungen beschlossen. Dipl.-Ing. Härtel erklärt,

dass der Planungsstopp notwendig gewesen sei, insbesondere vor dem Hintergrund der angestrebten Gesamtkonzeption für die drei großen Schulen.

Ratsherr Weigele bemerkt, dass bei einer Investitionssumme von bis zu 300 Millionen € man über den Neubau von zwei Schulen nachdenken könne. Dezernent Annacker erklärt, dass auch diese Überlegungen derzeit eine Rolle spielten und man am Ende eine Entscheidung präsentieren möchte, von der alle überzeugt sein können.

Die sachkundige Bürgerin Schwarzbürger fragt, ob in den genannten Summen auch bereits die Ausstattung wie die der naturwissenschaftlichen Räume enthalten seien. Zudem möchte sie wissen, ob denn diese vorhandenen Räume im gesamten Planungszeitraum im derzeitigen schlechten Zustand bleiben würden. Dipl.-Ing. Härtel antwortet, dass das naturwissenschaftliche Spezialmobiliar im Kostenrahmen des Gutachters GUS enthalten sei. Das normale Schulmobiliar zähle jedoch nicht dazu. Dass im Investitionszeitraum auch Ergänzungen und Erneuerung vorgenommen werden müssten, sei bekannt. Man werde versuchen, diese Ausstattungen anschließend auch in den neuen Räumlichkeiten weiter verwenden zu können.

Ratsherr Fliege erklärt, dass es eine Überlegung sein müsse, Neubauten insbesondere in Buderich zu errichten und gegebenenfalls eine Planung zweifach umzusetzen. Dipl.-Ing. Härtel ergänzt, dass der Plan eines Neubaus nur selten auf verschiedenen Grundstücken umgesetzt werden könne, da die unterschiedlichen Gegebenheiten der Grundstücke erfahrungsgemäß über die Ausbildung der Baukörper entscheiden würden. Dezernent Annacker gibt zu bedenken, dass die Überlegungen für Neubauten bereits überprüft worden und passende Grundstücke selten seien. Zudem müssten die Schulen ihre angestammten Standorte verlassen. Auch sei die Frage nach dem Zeitfaktor nicht zu unterschätzen, unter anderem durch notwendige, baurechtliche Entscheidungen.

Auf die Frage von Herrn Döls, ob denn an beiden Gymnasien gleichzeitig gearbeitet werden könne, antwortet Dipl.-Ing. Härtel, dass er für die möglichen weiteren Schritte eine Präsentation (*Anm. des Schriftführers: der Niederschrift beigefügt*) erarbeitet habe, die er nunmehr vorstellen wolle.

Anschließend erklärt er, dass grundsätzlich beide Projekte gleichzeitig möglich seien, es aber hierbei auf viele Aspekte ankomme, etwa die Personalausstattung. Eine Alternative könnten Investoren sein, die die Projekte im Rahmen eines ÖPP durchführen. Man werde während der Bauphasen darauf achten müssen, die notwendigen Zügigkeiten über Interimsbauten darzustellen. Außerdem spiele das Genehmigungsverfahren bei der Bezirksregierung Düsseldorf eine große Rolle. Man werde über alle Zwischenergebnisse im Ausschuss für die Zukunft der Schulen berichten.

Für das weitere Vorgehen schlägt Dezernent Annacker vor, dass die Fraktionen etwaige Fragen aus den Erörterungen in den Parteien an die Verwaltung richten mögen. Seitens der Verwaltung würden diese dann gesammelt und soweit möglich in der anberaumten Sondersitzung des AZS am 25.03.2026 besprochen. Sollten einzelne Fragen schon vor der Sitzung beantwortet werden können, werde dies allen Fraktionen zur Kenntnis gegeben.

4 Besichtigung der weiterführenden Schulen durch den Schulausschuss - siehe TOP 6.1

Wird unter TOP 6.1 behandelt.

5 Haushalt 2026

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushalts 2026 für alle in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse, der Veränderungsliste und der Konsolidierungsliste dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU (8)	8		
Bündnis 90 / Die Grünen (3)	3		
FDP (1)	1		
SPD (2)			2
UWG/Freie Wähler (1)	1		
LiGaPa (1)	1		
AfD (1)	1		
Gesamt (17)	15		2

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Zunächst erklärt der Vorsitzende Ratsherr Kräling das Procedere. Er werde jedes einzelne Produkt aufrufen, dazu passende Anträge benennen und anschließend abstimmen lassen. Im Anschluss werde er über den Beschlussvorschlag im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses abstimmen lassen.

Im Produktbereich 030 wird von Produkt **211.010 (Adam-Riese-Schule)** bis zum Produkt **232.010 (Schulische Ganztagsbetreuung)** mit Ausnahme des Produktes **030.241.010 (Schülerbeförderung)** ein jeweils einstimmiger Beschluss gefasst.

Produkt 030.241.010 (Schülerbeförderung)

Anträge Bündnis90/Die Grünen (+ 250.000 €) und LiGaPa (+ 200.000 €)

Die Ratsherren Fliege und Weigele erläutern ihre Anträge, welche in die gleiche Richtung gehen. Ziel sei es, weiterhin den Schüler*innen das Deutschland-Ticket zu ermöglichen, um ihnen die Nutzung des ÖPNV näherzubringen.

Die sachkundigen Bürger Geppert und Flügge halten das alternative Schokoticket für völlig ausreichend, vor allem vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage. Nach intensiver Diskussion lässt der Vorsitzende Ratsherr Kräling über die Anträge abstimmen.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU (8)		8	
Bündnis 90 / Die Grünen (3)	3		
FDP (1)		1	
SPD (2)	2		
UWG/Freie Wähler (1)		1	
LiGaPa (1)	1		
AfD (1)		1	
Gesamt (17)	6	11	

Abstimmung über das Produkt 030.241.010 (Schülerbeförderung)

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU (8)	8		
Bündnis 90 / Die Grünen (3)			3
FDP (1)	1		
SPD (2)	2		
UWG/Freie Wähler (1)	1		
LiGaPa (1)	1		
AfD (1)	1		
Gesamt (17)	14		3

Produkt 030.243.010 (Schulverwaltungsangelegenheiten)

Prüfauftrag Bündnis90/Die Grünen – Umstieg auf TV-Boards

Ratsherr Weigele erläutert den Antrag. Dezernent Annacker erklärt, dass die Verwaltung die Prüfung bereits angestoßen habe und man das Ergebnis der Niederschrift beifügen werde. Dies geschehe unter Beachtung der Tatsache, dass es sich grundsätzlich um schulinnere Angelegenheiten handele.

Der Ausschuss stimmt dem Prüfauftrag und der beschriebenen Vorgehensweise zu.

Anmerkung des Schriftführers:

Stellungnahme des Fachbereichs 3 zum Prüfauftrag:

Einsatz von Professional Non-Touch Displays in Klassenräumen

Die im Antrag vorgeschlagene Prüfung von großformatigen Displays (Fernsehern) als wirtschaftliche Alternative zu digitalen Tafelsystemen greift zu kurz, da sie die pädagogische Realität und die tatsächliche Kostenstruktur moderner Schulen unterschätzt. Ein Wechsel auf rein passive Anzeigegeräte würde nicht nur die Unterrichtsqualität gefährden, sondern die erhofften Einsparungen durch versteckte Folgekosten und infrastrukturelle Probleme neutralisieren.

Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die aktuelle Ausstattung maßgeblich durch Fördermittel aus dem DigitalPakt 1.0 im Einklang mit den zugrundeliegenden Medienkonzepten der Schulen finanziert wurde. Diese Investitionen bilden die Grundstruktur unserer digitalen Bildungslandschaft.

Pädagogische Rückschritte statt Innovation:

Die bestehenden Medienentwicklungspläne unserer Schulen sind bewusst auf Interaktivität ausgelegt. Eine digitale Tafel ist kein reiner Bildschirm, sondern ein Arbeitsgerät. Die Lehrkräfte haben sich in den vergangenen Jahren intensiv an den unterrichtsbezogenen Einsatz der interaktiven Displays angepasst; die interaktive Arbeit am Board ist fester Bestandteil der Didaktik geworden.

Der Einsatz von Professional Non-Touch Displays würde Lehrkräfte dazu zwingen, diesen Fortschritt aufzugeben und ausschließlich über die Spiegelung ihrer Endgeräte zu arbeiten. Dies schränkt die pädagogische Freiheit massiv ein: Die Lehrkraft verliert die Möglichkeit, direkt am Medium mit der Klasse zu interagieren, Annotationen vorzunehmen oder die haptischen Vorteile der Touch-Bedienung zu nutzen. In der Praxis führt dies dazu, dass Lehrkräfte vermehrt mit gesenktem Blick auf das Tablet agieren, statt der Klasse zugewandt am Board zu arbeiten.

Die Kostenfalle: Gleicher Platzbedarf bei technologischem Rückschritt:

Da ein Professional Non-Touch Display keine native, digitale Schreiboberfläche bietet, degradiert es das Zentrum der Medientechnik zu einer rein passiven Anzeige. Zwar können vorhandene Whiteboardflügel weiterhin genutzt werden, doch das bisherige „All-in-One“-Konzept der interaktiven Tafel wird dadurch aufgebrochen.

Dies führt zu einem massiven „Hardware-Wildwuchs“ mit weitreichenden Folgen:

Systembrüche in der Administration:

Anstatt einer homogenen, zentral steuerbaren Flotte interaktiver Systeme entsteht eine heterogene Gerätelandschaft. Die IT-Administration muss für die Professional Non-Touch Displays separate Steuerungs- und Updateszenarien entwickeln, da diese oft andere Betriebssysteme oder Schnittstellen nutzen als die bereits etablierten interaktiven Tafeln.

Erhöhter Supportaufwand:

Ein solcher Wildwuchs verkompliziert die Fehlerdiagnose erheblich. Lehrkräfte können nicht mehr auf ein einheitliches Bedienkonzept vertrauen; der Schulsupport muss Personal für zwei technisch völlig unterschiedliche Nutzungsszenarien vorhalten.

Diese Zersplitterung der Ausstattung konterkariert die durch den DigitalPakt 1.0 etablierte Grundstruktur, die auf Standardisierung, Verlässlichkeit und einer durchgängigen digitalen Workflow-Kette basierte.

Wartung und technische Nachhaltigkeit:

Entgegen der Darstellung im Antrag sind digitale Tafelsysteme heute keine „Wartungsfallen“ mehr. Die laufende Betreuung wird effizient durch die ITK gewährleistet; Softwarelizenzen und Sicherheits-Updates sind bereits im Kaufpreis enthalten. Die Einführung von Consumer-Hardware oder reinen Professional Non-Touch Displays würde hingegen neue Probleme aufwerfen: Viele Geräte sind nicht für den harten 10-Stunden-Dauerbetrieb in Schulen ausgelegt oder verfügen selten über die notwendige Entspiegelung oder die Robustheit (Sicherheitsglas), die im Schulalltag unerlässlich ist. Zudem lassen sich professionelle Tafelsysteme zentral über ein Gerätemanagement steuern – ein administrativer Vorteil, der bei einer heterogenen Flotte von Professional Non-Touch Displays verloren ginge.

Fazit:

Eine „differenzierte Ausstattungsstrategie“ klingt wirtschaftlich vernünftig, führt aber in der Realität zu einer Zwei-Klassen-Ausstattung und bricht mit den pädagogischen Standards der Digitalisierung, die durch den DigitalPakt 1.0 mühsam aufgebaut wurden. Wer beim Kaufpreis der Hardware spart, zahlt später bei der Ergänzung fehlender Infrastruktur und durch den Verlust pädagogischer Möglichkeiten doppelt drauf. Ziel muss es bleiben, die Akzeptanz und Kompetenz der Lehrkräfte zu nut-

zen und eine einheitliche, interaktive und wartungsarme Lernumgebung für alle Schülerinnen und Schüler zu sichern.

Produkt 030.243.010 (Schulverwaltungsangelegenheiten)

Prüfauftrag CDU/FDP – Einsatz von iPads in Grundschulen

Ratsfrau Schoppe erläutert den Antrag. Es gehe vorrangig um den pädagogischen Ansatz. Es solle in der nächsten Sitzung des Ausschusses hierüber berichtet werden. Dezernent Annacker sagt dies zu. Frau Weddeling-Wolff erklärt, dass die Grundschulen selbstverständlich eine Meinung hätten, die sie dann vortragen werde. Jedoch könne sie nicht versprechen, dass diese nicht dem Antrag entspreche. Man habe einen Medienkompetenzrahmen, dessen Einhaltung man verpflichtet sei.

Die Abstimmung über den **Produktbereich 030** erfolgt einstimmig.

Ebenso wie die Abstimmung über den **Produktbereich 080**, nachdem der Kämmerer Volmerich die Frage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu den Steuerberatungskosten des Hallenbades beantwortet hat. Es handele sich um ein besonderes steuerliches Konstrukt, nämlich einen Betrieb gewerblicher Art. Dieser mache es möglich, dass die Gewinne der Stadtwerke mit den Verlusten des Hallenbades verrechnet werden können. Dies ginge nicht ohne Steuerberater und aufgrund der verschiedenen hohen Kosten und Einnahmen seien die Rechnungen des Steuerberaters in den vergangenen Jahren unterschiedlich hoch. Da die Rechnungen jedoch die Anzahl der Stundensätze aufzeigen würden, wäre eine Kontrolle immer möglich.

Die Abstimmung über das **Produkt 010.111.080 (Baubetriebshof)** erfolgt einstimmig.

Produkt 010.111.140 (Technisches Gebäudemanagement)

Anträge Bündnis90/Die Grünen und SPD zum Thema Zwischenreinigung an Grundschulen. Beide Anträge waren falsch verortet bei Schulverwaltungsangelegenheiten, gehören jedoch in das Produkt Technisches Gebäudemanagement.

Dezernent Annacker erläutert, dass es hier wohl ein Missverständnis gegeben habe. Die von ihm in der letzten Sitzung genannten Mehrkosten von 47.500 € für die Zwischenreinigung seien wie versprochen im Haushalt aufgenommen worden. Leider könne man diese Mittel nicht separat sehen, da sie im Ansatz von insgesamt 8,5 Mio € (Geschäftsaufwendungen) enthalten seien.

Nach dieser Erläuterung ziehen die Fraktionen ihre Anträge zurück.

Die Abstimmung über das **Produkt 010.111.140 (Technisches Gebäudemanagement)** erfolgt im Anschluss einstimmig.

6 Anträge

6.1 Antrag der SPD-Fraktion - Aufnahme in die Tagesordnung - Machbarkeitsstudie weiterführende Schulen Vorlage: FB3/0620/2025

Der zweigeteilte Antrag wurde in die Tagesordnung aufgenommen.

Dezernent Annacker erklärt, dass er nur davon abraten könne, dem Antrag auf Schulbesichtigung zuzustimmen. Der Arbeitsaufwand für die Verwaltung und der zeitliche Aufwand der politischen Vertreter wäre enorm hoch und werde die Verwaltung derzeit überfordern. Zudem könne eine Be-

sichtigung keine detaillierten Erkenntnisse liefern, die man für eine Entscheidungsfindung nutzen könne.

Herr Dölls spricht eine Einladung an interessierte Ausschussmitglieder aus, seine Schule zu besuchen.

Der Vorsitzende Ratsherr Kräling lässt über den Antrag abstimmen, er wird mehrheitlich abgelehnt.

6.2 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Schulverpflegungsworkshop mit Sebastian Lege

Dezernent Annacker erklärt, dass die Verwaltung sich bereits an das Management von Herr Lege gewendet habe. Es werde eine neue Staffel „ZDFbesseresser goes Schule“ geben, für die sich interessierte Schulen bewerben können. Die Schulleitungen der weiterführenden Schulen seien von ihm informiert worden. Ob es Bewerbungen gebe, liege in der Zuständigkeit der Schulleitungen, da es sich um schulinnere Angelegenheiten handele.

7 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusscontrolling

8.1 Workshop Sportstättenentwicklungsplanung

Dezernent Annacker berichtet von einem am 24.01.2026 stattgefundenen Workshop zum Thema Sportstättenentwicklungsplanung. Es sei ein sehr konstruktiver Austausch zwischen dem Stadt-Sport-Verband, der Politik und der Verwaltung gewesen und es sei eine neuerliche Veranstaltung nach der Sommerpause vereinbart worden. Allen Beteiligten sei klar, dass der städtische Haushalt derzeit keine Aktivitäten beim Ausbau von Sportplätzen zulasse und die Entwicklung beim Schulbau auch die jeweiligen Sporthallen betreffe. Er werde in der nächsten Sitzung am 29.04. Näheres berichten.

8.2 Evaluation der Schülerzahlprognose

StVR Wegmann erklärt, dass die Verwaltung das Büro Garbe, Lexis & von Berlepsch beauftragt habe, eine Evaluation der Schülerzahlprognose (*Anm. des Schriftführers: der Niederschrift beigefügt*) vorzunehmen. Dazu habe man dem Büro Geburtenzahlen und die Entwicklung der Baugebiete zukommen lassen. Die Zahlen insbesondere auf Seite 30 des Dokuments zeigen den Bedarf von mindestens 22 Zügen in den weiterführenden Schulen bis ins Jahr 2036. Eine weitergehende Prognose sei unseriös. Auch könne man die weitere Entwicklung der Schülerzahlen nur vermuten, da insbesondere der Zuzug im Bestand nicht planbar sei. Grundsätzlich seien die Zahlen aus der ursprünglichen Schulentwicklungsplanung aus dem Jahr 2021 bestätigt worden.

Dezernent Annacker erklärt, dass man davon ausgehen müsse, dass die Stadt Meerbusch für junge Familien weiterhin interessant bleibe.

9 Termin der nächsten Sitzung: 29. April 2026, Ausschuss für die Zukunft der Schulen voraussichtlich am 25. März 2026

10 Verschiedenes

10.1 Ausbauplanung der Städt. Pastor-Jacobs-Schule

Ratsherr Dammer fragt nach, ob seine Informationen stimmen würden und die Ausbauplanung an der Städt. Pastor-Jacobs-Schule ins Stocken geraten seien, weil es Probleme mit der Bausubstanz geben würde. Dipl.-Ing. Härtel bestätigt eine Verzögerung bei der Planung, diese habe jedoch damit zu tun, dass der Planer an der Städt. Pastor-Jacobs-Schule aktuell mehr in die Planung der Städt. Theodor-Fliedner-Schule eingesetzt worden sei. Man habe auf die Überlastung einer anderen Planerin reagieren müssen. Grundsätzlich sei es so, dass die Bearbeitung der Städt. Pastor-Jacobs-Schule ohne Generalplaner durchgeführt werde. Daher sei der interne Arbeitsaufwand höher als bei den anderen Grundschulen.

10.2 Gruppen im Offenen Ganztage im Schuljahr 2026/27

Die Sachkundige Bürgerin Schwarzburger fragt nach der Auslastung der OGS-Gruppen zum Schuljahr 2026/27. Dezernent Annacker antwortet, dass es Schulen mit Warteliste geben würde. An manchen Standorten könne man durch die Nutzung von vorhandenen Räumlichkeiten den Mehrbedarf decken oder zumindest deutlich verringern. Es gebe jedoch auch Schulen, wo ein notwendiger Raumbestand mit kreativen Lösungen gefunden werden müsse. Hier sei die Verwaltung auf einem guten Weg. Eventuell könne er in der nächsten Ratssitzung darüber berichten.

10.3 Interimsbau an der Städt. Adam-Riese-Schule

Ratsfrau Schoppe fragt nach, wie der Stand der Dinge beim Bezug des Interims an der Städt. Adam-Riese-Schule sei. Dipl.-Ing. Barkmann erklärt, dass noch einige notwendige Genehmigungen fehlten, die jetzt nach und nach eingegangen seien. Das bereits errichtete Interim könne bald wie vorgesehen genutzt werden.

Anmerkung des Schriftführers: Der Bezug des Interims ist für Ende Februar vorgesehen.

10.4 Lehrerparkplatz am Städt. Mataré-Gymnasium

Ratsfrau Kohn bittet um eine ergänzende Beschilderung für den Lehrerparkplatz am Städt. Mataré-Gymnasium. Da dort das Interim aufgestellt werde, komme es zu gefährlichen Situationen beim Hol- und Bringverkehr. Dipl.-Ing. Barkmann nimmt diesen Hinweis mit in ein Gespräch mit dem Planer. Herr Dölls ergänzt um die Bemerkung, dass man sich um solche Dinge nicht kümmern müsse, wenn die Eltern-Taxen nicht fahren würden.

Meerbusch, den 6. Februar 2026

Jonas Kräling
Ausschussvorsitzender

Holger Wegmann
Schriftführer